

Bildung und Gerechtigkeit

Bildung ist ein Schlüsselbegriff der Programmatik der sozialen Demokratie. Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Bildungsbewegung. Über Bildung sollten gesellschaftliche Emanzipation, politische Partizipation und sozialer Aufstieg erreicht werden. Bildung war und ist somit die Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Chancen der Teilhabe besitzen.

In Deutschland sind allerdings wie in fast keinem anderen Land der westlichen Welt Bildungserfolg und soziale Herkunft in einem erschreckend hohen Maße gekoppelt. Durch den bestehenden ungleichen Zugang zu Bildung werden soziale Ungleichheiten zementiert und die Exklusion bildungsferner Schichten befördert.

Es muss daher ein zentrales gesellschaftspolitisches Anliegen sein, durch bessere Bildung für alle und freien Zugang aller zur Bildung Chancengerechtigkeit als Voraussetzung für eine gerechte und soziale durchlässige Gesellschaft zu erreichen.

Wie genau ist es um den Zusammenhang von Bildung und Gerechtigkeit bestellt? Was kann und was muss Politik tun, um Bildungsungerechtigkeiten zu beseitigen und gerechte Bildungschancen für alle zu ermöglichen? Ermöglicht bessere Bildung für alle automatisch eine gerechtere Gesellschaft? Wenn ja, wie muss dann das Bildungssystem organisiert sein und welches Bildungsverständnis ihm zugrunde liegen? Vor welchen Herausforderungen steht das Bildungssystem und welche Rolle nimmt dabei die Schule ein?



INHALT



Ulla Burchardt

Studium der Pädagogik, Sozialwissenschaften und Psychologie. Diplom-Pädagogin. Von 1979 bis 1990 Referentin in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Kovorsitzende des Forums Bildung beim SPD-Parteivorstand.

Julian Nida-Rümelin

Studium der Philosophie, Physik, Mathematik und Politikwissenschaften. Nach der Habilitation Professor in Tübingen, von 1993 bis 2003 Inhaber des Lehrstuhls für Philosophie in Göttingen. Seit 2004 Ordinarius für Politische Theorie und Philosophie in München. In den Jahren 2001 und 2002 Mitglied der Bundesregierung als Kulturstaatsminister.

Februar 2008

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-863
Fax: 030 26935-952

Redaktion: Tobias Mörschel
Fotos: Joachim Liebe

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign
Druck: Printservice Produktion

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Julian Nida-Rümelin

Bevor in die Einzelfragen gegangen werden kann, ist es notwendig, sich über die Begriffe „Bildung“ und „Gerechtigkeit“ sowie das Verhältnis dieser beiden Begriffe zueinander eine gewisse Klarheit zu verschaffen. Vermutlich war noch nie in der Bildungsgeschichte die umfassende Bildung einschließlich der Persönlichkeitsbildung so wesentlich für den beruflichen Erfolg. Die alte Gegenüberstellung von Bildung und Ausbildung, das eine berufsorientiert, das andere vielleicht sinnvoll für die Charakter- und Persönlichkeitsentwicklung, aber für den beruflichen Weg nicht weiter wichtig, ist spätestens heute obsolet geworden. Dieses umfassende Bildungsverständnis ist in der großen Tradition humanistischen Denkens zu sehen.

Insgesamt gesehen, kann die Bildungsgeschichte über humanistische Revolten strukturiert werden. Die erste humanistische Revolte hängt mit Platon und dessen Schule zusammen. Deren Anliegen ist, herauszubekommen, wie es sich wirklich verhält, eine Bildungsrevolte, die auf Wahrheit, Begründung und menschliche Vervollkommnung setzt. In der Bildungsgeschichte kann man die Spuren dieses Ansatzes erkennen, auch schon in den karolingischen Reformen, aber besonders natürlich im italienischen Humanismus und in der Renaissancephilosophie (was nicht ganz dasselbe ist). Der Kerngedanke des Humanismus ist: Der Mensch ist angelegt zu einem erfüllten Leben, zu einem Leben, das alle seine Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringt. Diese Fähigkeiten und Potentiale dürfen wir nicht verkürzen, oder, um einen späteren Begriff von Immanuel Kant aufzugreifen: Wir werden der spezifischen Würde des



Menschen nicht gerecht, wenn wir ihn instrumentalisieren, wenn wir ihn zum Instrument, zum bloßen Mittel degradieren.

Bildung hängt mit der Idee der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten zusammen. Es gibt natürlich ein breites Feld von Auffassungen, worin das Besondere der menschlichen Fähigkeiten besteht. Allerdings ist in den Bildungsinstitutionen ein sehr einseitiges Menschenbild tragend geworden, das wir korrigieren sollten – auch übrigens aus ökonomischen Interessen. Bei Bildung betonen wir sehr stark die kognitive Seite und dabei besonders die Fähigkeit, sich Wissen anzueignen und Wissen zu reproduzieren. Wir haben eine Schlagseite in Richtung „kognitiv“ und innerhalb des Kognitiven in Richtung Reproduktion von Erlerntem und weniger in die Richtung selbst zu denken und Zusammenhänge selbst herzustellen. Die ästhetische, die soziale, um nicht zu sagen die sozial-moralische, die kulturelle, auch die physische Dimension menschlicher Existenz wird in der Regel unter Wert gehandelt. Möglicherweise haben wir jetzt die Chance, bei der Umstellung auf Ganztagsangebote diese Fehlentwicklung, die mit einem

einseitigen Bildungsbegriff zusammenhängt, zu korrigieren. An dieser Stelle ist auch der Bogen zum Thema der Gerechtigkeit zu schlagen.

Gerechtigkeit ist die umfassendste politische Tugend. Gerechtigkeit steht nicht in Konkurrenz zu Freiheit. Dies ist ein Missverständnis, das kein Gerechtigkeitsbegriff hergibt. Sondern: Gerecht ist eine politische Institution, ist das politische System, ist die soziale Praxis, wenn dort die zentralen Normen und Werte in einem ausgewogenen Verhältnis zur Geltung kommen. Dazu gehören Selbstbestimmung und Freiheit im Sinne von Autonomie: Ich bin verantwortlich für mein Leben. Auf dem Bildungsweg müssen die entsprechenden Befähigungen erworben werden, um selbstverantwortlich und möglichst autonom das eigene Leben zu gestalten.

Wir haben den gleichen Respekt gegenüber allen Menschen. Wir nehmen die Gründe, die Menschen vorbringen für das, was sie tun, gleichermaßen ernst. Wir verlangen und erwarten die gleiche Anerkennung. Die Gleichheitsnorm ist auch eine Norm der gleichen Freiheit. Solidarität bedeutet, dass wir zusammenhalten, wenn es Menschen schlecht geht, wenn existentielle Veränderungen eingetreten sind. Dies tun wir nicht nur aufgrund der Rechte, die die Einzelnen haben, sondern

auch aufgrund eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Organisierte Solidarität schlägt sich in der sozialen Demokratie im Sozialstaat nieder. Und überwölbend ist die politische Gerechtigkeit. Wenn man es ernst nimmt, dass Gerechtigkeit vor allem auch gleiche Chancen der selbständigen autonomen Lebensgestaltung beinhaltet oder fordert, dann ist Bildung mindestens eines der wichtigsten Schlüsselemente, das diese Form von Gerechtigkeit im Sinne gleicher Fähigkeit, ein autonomes Leben zu führen, bestimmt. Möglicherweise ist Bildung überhaupt der Schlüssel hierzu.

Es ist interessant zu sehen, welche Verschiebungen hier in der Programmdebatte der Sozialdemokratie stattgefunden haben. Das neue Hamburger Programm betont Bildung und vorsorgenden Sozialstaat gleichermaßen, verkoppelt beides und macht Bildung und die staatliche Verantwortung für Bildung (das öffentliche Gut Bildung) zu dem zentralen Politikfeld, um die gesellschaftliche, soziale, politische Entwicklung in eine Richtung zu steuern, bei der Menschen in einem immer größeren Maße in der Lage sind, ihr eigenes Leben nach eigenen Vorstellungen zu organisieren und zu leben und Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen.

Es ist völlig klar: Ein voll entwickelter Sozialstaat, eine soziale Demokratie muss auch nachsorgend sein. Dort, wo Probleme auftreten, müssen entsprechende Hilfen einsetzen. Aber die aktive Rolle der sozialen Demokratie ist im Wesentlichen zu organisieren über Bildungsangebote, und zwar der öffentlichen Hand, des Staates. Bildung darf nicht privatisiert werden, weil dies die Ungleichheit der Chancen, die Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe und Herkünfte, beschädigen würde.



Ulla Burchardt

Die diversen OECD-Studien belegen deutlich den Zusammenhang von Bildungsarmut und sozialer Armut und kommen zu dem Schluss, dass das deutsche Bildungssystem hochgradig selektiv ist. Die Studien konzentrieren sich allerdings im Wesentlichen auf die Schule, was zu einer zu begrenzten Problemsicht führt, wenn wir über Bildungsgerechtigkeit sprechen.

Bildungsbenachteiligung findet nicht nur in der Schule statt, sondern beginnt bereits im frühkindlichen Bereich. Kinder aus Familien, in denen die Eltern arbeitslos sind oder in denen ein geringer Bildungsstand herrscht, sowie Kinder aus ausländischen Familien besuchen deutlich seltener den Kindergarten und kommen mit erheblich schlechteren Voraussetzungen in die Grundschule. Das Bewusstsein, welchen Stellenwert frühkindliche Bildung hat, ist in diesen Herkunftsfamilien weitgehend nicht vorhanden. Für diejenigen, die schon benachteiligt in die Schule kommen, ist das Risiko des Misserfolgs hoch. Das dreigliedrige Schulsystem produziert sich seine Schulversager selbst. In Deutschland findet ein Durchreichen nach unten statt: Die Chance, herabgestuft zu werden, ist zehnmal höher als die Chance, in eine höhere Bildungsstufe aufzusteigen. Jährlich verlassen fast zehn Prozent aller Jugendlichen – das sind rund 80.000 – die Schule ohne Abschluss. Unter den Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft ist es sogar jeder Fünfte.

Sonder- und Hauptschüler und Schüler ohne Abschluss haben nahezu keine Chance, einen Ausbildungsplatz zu finden. Fast 60 Prozent von ihnen starten als Ungelernte in die Arbeitswelt.



Wenn es jemand aus einer nicht ganz so gut ausgestatteten Familie bis zum Abitur geschafft hat, dann sind dessen Chancen, an die Hochschule zu gehen, gar einen Abschluss zu machen, vielfach geringer. Die Bildungsbenachteiligten sind die ersten Verlierer von Studiengebühren. So ist die Zahl der Lehrstellenbewerber mit Abitur oder Fachhochschulreife deutlich gestiegen, seitdem es Studiengebühren gibt. Die Frage der staatlichen Hilfen ist zentral. Die Erhöhung des Bafög ist sicherlich ein wichtiges Element, aber wahrscheinlich nicht ausreichend, um auch bei dem Zugang zur Hochschule die Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Zwar besitzt Deutschland eine sehr ausgefächerte und vielfältige Weiterbildungslandschaft, aber wer einmal den (Bildungs-)Zug verpasst hat, findet in der Regel keinen Anschluss mehr. Bei der Weiterbildung setzt sich die eben beschriebene Bildungsbenachteiligung fort. Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss, Arbeitnehmer, die in einem kleinen Unternehmen arbeiten, oder Zeitarbeiter, Arbeitslose und Müt-

ter mit mehreren Kindern haben fast keine Chance auf Weiterbildung.

Die Bildungsbenachteiligung beeinflusst das ganze Leben. Für diejenigen, die keinen Abschluss haben, ist die Armutsgefährdung extrem hoch. Je höher der formale Schulabschluss ist, desto geringer ist das Risiko, arm zu werden. Bildung hat nachgewiesenermaßen Einfluss auf eine bessere Gesundheit und ein längeres Leben. So steigt mit der Schulbildung die Lebenserwartung. Auch die demokratische Teilhabefähigkeit, die Einflussnahme im Gemeinwesen und in politischen Institutionen ist abhängig vom Bildungsstand. So ist beispielsweise die Wahlbeteiligung bei Personen mit niedrigen schulischen und beruflichen Abschlüssen überdurchschnittlich gering.

Die Bildungsfrage ist nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und insbesondere volkswirtschaftliches Problem. Die beiden Megatrends – der demographische Wandel und die Wissensgesellschaft – stellen Deutschland

in der Bildungsfrage vor große Herausforderungen. Der Faktor Wissen bestimmt in zunehmenden Maße Wertschöpfung und Wachstum. Der Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften wird weiter steigen. Gleichzeitig wird es einen immer größeren Anteil von Ungelernten geben, für die keine Jobs vorhanden sind. So wird für die nächsten Jahre ein Verlust von über 1,5 Millionen einfachen Arbeitsplätzen prognostiziert. Das bedeutet Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit eines signifikanten Anteils der Bevölkerung. Dies ist nicht nur volkswirtschaftlich kontraproduktiv, sondern hier liegt ein enormer Sprengstoff für die sozialen Sicherungssysteme und den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Vor dem skizzierten Hintergrund folgt, dass die Bildungsdebatte nicht auf die Schule reduziert werden darf, sondern die Maßnahmen in der gesamten Bildungskette gleichzeitig ansetzen müssen. Wichtig sind ausreichende finanzielle Ressourcen, aber auch die Frage von Zugängen, der Öffnung von Bildungsgängen und der Möglichkeit der zweiten und dritten Chance. Vor allen Dingen brauchen wir einen Mentalitätswechsel: weg von dem sich sehr verbreitenden Denken in Kategorien von Wettbewerb, von Effizienz, von unmittelbarer ökonomischer Verwertbarkeit hin zu der Frage von Ganzheitlichkeit, von Solidarität, von mehr öffentlicher Verantwortung. Wir brauchen eine neue Prioritätensetzung in Deutschland, um die sich abzeichnenden enormen sozialen, gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Probleme zu lösen.



Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik:
Ganz nah am Wandel der Gesellschaft
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatprogram der SPD
Herausforderungen und Perspektiven
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Globalisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft,
Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
Der „Bremer Entwurf“ für ein neues
Grundsatprogram der SPD in der Debatte
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des
21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Grundwerteforum21: Gerechtigkeit –
Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland –
Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
Perspektiven eines modernen Religionsgemeinschaftsrechts
- Nr. 21 Antisemitismus
Forschung und aktuelle Entwicklungen

